

Bauern wehren sich gegen neue Wasserableitung am SPZ Zementwerk Eiberg

Bauern aus Schwoich wehren sich in einer mündlichen Verhandlung gegen die Änderung der Deponie-Wässer-Ableitung. Bürgerinitiative und Anrainer fordern Schutz vor potenziell belasteten Sickerwässern.

Die Debatte um die Sickerwässer aus der Deponie am Zementwerk Eiberg in Schwoich nimmt neue Formen an. Am 21. November fand eine mündliche Verhandlung in Söll statt, bei der die Bürgerinitiative vor einem besorgniserregenden Thema warnte: die geplante Ableitung von Deponie-Sickerwässern, die durch die bevorstehende Nutzung als Baurestmassendeponie entstehen könnten. Diese Situation betrifft auch die ursprünglich genehmigte Ableitung lediglich von Oberflächenwässern.

Die Firma Rohrdorfer Umwelttechnik GmbH, Betreiber des Zementwerks, hat eine Änderung der bisherigen Genehmigung beantragt. Dies geschah, da die neuen Pläne eine Anpassung der Abflusssituation an modernste Standards erfordern. Die Verantwortlichen beteuern, dass die Menge des abgeleiteten Wassers gleich bleiben soll, jedoch befürchtet die Bürgerinitiative eine signifikante Veränderung in der Qualität des Wassers, das künftig abgeleitet werden könnte. Der kritische Punkt ist, dass künftig Sickerwässer von der Deponie mit hochbelasteten Materialien abgeleitet werden könnten, während zuvor nur unbedenkliches Oberflächenwasser abfloss.

Ein heikles Thema für die Anwohner

Der Ort Schwoich sieht sich aufgrund dieser Entwicklungen stark betroffen, da es bereits seit Jahren Beschwerden über die unzureichende Entwässerung gibt. Die Bürgerinitiative kritisiert, dass betroffene Grundstückseigentümer und Anwohner nur zufällig von der Verhandlung erfahren haben und nicht aktiv zur Beteiligung eingeladen wurden. Sie sagen, dass die Missachtung ihrer Rechte und der bestehenden Verträge zwischen dem Zementwerk und den Grundstückseigentümern inakzeptabel sei.

Kritik gibt es auch an der Größe des Sickerbeckens, das als nicht ausreichend angesehen wird, um die anfallenden Wassermengen bei starkem Regen zu bewältigen. Anwohner berichten, dass das Becken schon seit Jahrzehnten überläuft und das Wasser in umliegende Felder strömt. Die Bürgerinitiative fordert deshalb eine umfassende Neubewertung der Situation und eine Öffnung für die Anwohner, da viele von ihnen sich um die Bodenqualität und den Grundwasserspiegel sorgen.

Die Behörde betont wiederum, dass alle Beteiligten über die Verhandlung informiert wurden, was von der BI jedoch stark angezweifelt wird. Ein starker Konflikt zwischen den Interessen des Unternehmens und den Anliegen der Anwohner scheint damit unvermeidlich.

Die nächsten Schritte

Der Landesumweltanwalt wird nun über die Ergebnisse der Verhandlung informiert und hat die Möglichkeit, sich dazu zu äußern. Schwoichs Bürgermeister, Peter Payr, stellt klar, dass die Gemeinde bestrebt ist, die Auflagen der Betreiberfirma streng zu überwachen. Ein zentrales Anliegen bleibt, dass den Anwohnern kein Schaden entsteht.

In Anbetracht der Sorgen um die mögliche Verschmutzung von Wasserressourcen und der unzureichenden Information der Betroffenen wird es in den kommenden Wochen und Monaten darum gehen, wie die Wassergüte weiter gesichert werden kann. Sollte der Antrag genehmigt werden, sind die Anwohner

gefordert, ihre Rechte durch Beschwerden und andere rechtliche Mittel zu wahren.

Die Diskussion über die Deponie in Schwoich sowie die Situation rund um die Sickerwässer bleibt angespannt, insbesondere, da sich die Bürgerinitiative vehement gegen eine mögliche Genehmigung der neuen Pläne wehren möchte. Die Sorgen um die Wasserqualität und die Einhaltung der Verträge werden in den kommenden Wochen weiterhin Thema sein, während die Anwohner nach Wegen suchen, ihren Standpunkt zu verteidigen.

Für tiefergehende Informationen zu diesen Entwicklungen wird auf die umfassende Berichterstattung **auf www.meinbezirk.at verwiesen.**

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at